

tember 1639 tatsächlich auch mit einem sachsen-weimar. Verhandlungsmandat in Sachen des bernhardischen Erbes nach Dresden und zum schwed. Feldmarschall Johan Banér (FG 222). Geplant war auch eine Fahrt nach Wien bzw. Prag. Zuvor, im August und September, fand sich Werder mehrfach in Weimar ein, um die eigenen Pläne (Abwehr oder Minderung der Kontributionsforderungen Frh. August Adolfs v. Drandorff, des kursächs. Befehlshabers in Magdeburg) mit denen der Ernestiner u. a. zu koordinieren. S. 390903 K 2, vgl. 390906 K 2 u. 390826.

2 Hier Absprache oder Vereinbarung. S. 380321 K 7.

3 Hz. Wilhelm IV. v. Sachsen-Weimar (FG 5. Der Schmachhafte). Sein Anspruch auf Hz. Bernhards Erbe bezieht sich auf dessen Testament. An seinem Todestag (s. Anm. 1) hatte Bernhard u. a. diktiert: „was die eroberte land anlanget, weil vnß Gott dieselbe gonen [*lies* gönnen] wollen, und es hoch considerable land vnd plätze sein, so wollen Wir, daß solche bey dem Reich Teutscher Nation erhalten werden, vnd derowegen Verschaffen vnd vermachen Wir dieselbe hirmit einem vnserer freundlichen lieben Herren Brüdern, welcher dieselbe anzunemen begehren wirdt, vnd derselbe kan vnd wolle sich bey Jhro May. vnd Cron Schweden aufs beste alß immer möglich, insinuiren, Damit S. Lden bey gedachten Landen vmb so viel destomehr manteniret werden möge. Solte aber unserer Herrn Brüder keiner die Lande annemen wollen, so halten wir für billich, daß Jhro May. inn Franckreich inn allwege den Vorgang habe, Doch dergestalt, daß Jhro May. vnd vnser garnisonen darinn gehalten, vnd wann es zu einem Universal Friden kommen wirdt, die Lande dem Reich restituirt werden sollen.“ Zit. n. Bernhard Röse: Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar. 2 Teile, Weimar 1828 u. 1829, II, 554 f. Daß drei sachsen-weimar. Gesandte, darunter Heinrich Philibert v. Krosigk (FG 341. 1639), nach Breisach reisten, um mit den Direktoren der bernhardischen Armee (s. 390800 K 2) zu verhandeln, und daß Krosigk im Frühjahr 1640 sogar nach Paris zog, weil dort das entscheidende Wort über Hz. Bernhards politisch-militärischen Nachlaß gesprochen wurde, ist belegt. Immerhin prüften die Emissäre die Abrechnungen des ehemaligen Kanzlers Hz. Bernhards, Hans Ulrich Rehlingers v. Leder, so daß es vielleicht doch um mehr ging als jene „particuliere affairen“ oder „res privatas“, die Hugo Grotius in zwei Briefen vom 7. u. 9. 1. 1640 als Grund der weimar. Gesandtschaft in Breisach nannte. *Grotius: Briefwisseling* XI, 12 u. 14; vgl. *Theatrum europaeum*, Tl. 4 (1643), 36 u. 216. *Christian: Tageb.* XV, Bl. 208v (17. 9. 1639): Nachricht, daß sich „mittlerweile die Brisachischen tractaten mitt den Weymarischen“ verzögerten. In der Tat weckte das politisch-militärische Erbe Hz. Bernhards viele Begehrlichkeiten, Franzosen wie Schweden, der von England unterstützte Pgf. (seit 1648 Kf.) Karl Ludwig v. der Pfalz (der deshalb auf seiner Reise von England zur weimar. Armee kurzerhand in Frankreich festgesetzt wurde, vgl. 390929 K 7 u. 391113 K 10) und selbstverständlich der Kaiser machten ihre Interessen bzw. Rechte geltend. Hz. Wilhelm IV., lt. Bernhards Testament der vorrangig Berechtigte, wollte nicht die Armee, sondern nur Breisach und die von Hz. Bernhard am Oberrhein eroberten Gebiete. Er hoffte dabei auf die Zustimmung des Kaisers — weil sonst Frankreich unweigerlich das Erbe an sich zöge und es für das Reich verloren wäre — wie auch der Schweden, denen er vermutlich die weimarische Armee einzuräumen gedachte. Vgl. dazu die aufschlußreiche Andeutung in Banérs Bericht an Oxenstierna, d. d. 1. 12. 1639 in *AOSB SA VI*, 679, s. 390903 K 2. Um die Zustimmung von Kaiser und Schweden einzuholen, bat Hz. Wilhelm die vier Direktoren des bernhardischen Kriegsstaates um Verhandlungsfrist und schickte „den Obersten Werder an den Churfürsten zu Sachsen/ hernach an Banern/ und endlich an den Ertzhertzog [Leopold] Wilhelmen nach Prage“. Frankreich aber fragte nicht lange nach dem Testament, sondern ließ, so Pufendorf, Geld sprechen. Schon im September 1639 hatte es das Erbe an sich zu ziehen gewußt. *Pufendorf: Kriegs-Geschichte*, 11. Buch, 510; vgl. 390800 K 2 u. 390909 K 17. Die ksl. Regierung, der Kurfürstentag in Nürnberg Anfang 1640 oder auch andere wie der schwed. Feldmarschall Johan Banér hatten dies befürchtet. Banér war sich über die schwindenden Einflußmöglichkeiten Schwedens gegenüber den